Mitteilung:

Die Verwaltung des Kreisjugendamtes stellt die gesetzlichen Änderungen aus dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz vor.

Das erste KiBiz-Änderungsgesetz ist am 01. August 2011 in Kraft getreten. Dieser Novelle ist ein fast einjähriger zum Teil kontrovers geführter Abstimmungsprozess vorangegangen. Im Ergebnis konnte nicht in allen Punkten Konsens herbeigeführt werden. Dem jetzt verabschiedeten Gesetz wird eine zweite Stufe der KiBiz-Revision folgen. Es ist davon auszugehen, dass mit dieser zweiten Stufe gravierende Änderungen vorgenommen werden sollen.

Die kurze Zeitspanne, in der die erste Stufe der KiBiz-Revision vorgenommen wurde, sorgt bei den Kommunen für einen erheblichen Druck, denn die erforderlichen Ausführungsbestimmungen und Verordnungen liegen noch nicht vor. Die Träger und Leitungen der Tageseinrichtungen wurden über die Gesetzesänderungen in Abendveranstaltungen durch das Kreisjugendamt informiert.

Das erste KiBiz-Änderungsgesetz hat im Wesentlichen Neuerungen gebracht, die auf die Finanzierung der Tageseinrichtungen abzielen:

- die Elternbeitragsbefreiung für das letzte Jahr vor der Einschulung,
- die Deckelung des Ausbaus der 45-Stunden-Betreuung für die Kinder ab drei Jahren,
- die Einführung eines Landeszuschusses in Form von zusätzlichen u3 Pauschalen und
- die Erhöhung des Landeszuschusses und die landesseitige Festlegung des Ausbaukontingentes für Familienzentren.

Elternbeitragsbefreiung für das letzte Jahr vor der Einschulung

Die Elternbeitragsfreiheit für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege im letzten Jahr vor der Einschulung haben eine kontroverse Diskussion um sog. Geschwisterkind-Regelungen in Satzungen von Jugendämtern zur Erhebung von Elternbeiträgen, die ganz oder teilweise Beitragsbefreiungen vorsehen, ausgelöst. Hierzu einige Hintergrundinformationen.

Die Absätze 1 und 5 des § 23 KiBiz stellen klar, dass für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege Elternbeiträge durch das Jugendamt erhoben werden können. Absatz 1 bezieht sich dabei auf § 90 SGB VIII. Wenn das Jugendamt Beiträge erhebt, so hat es eine soziale Staffelung vorzunehmen, die sowohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch die Betreuungszeit berücksichtigt. Ferner kann das Jugendamt ermäßigte Beiträge oder eine Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder vorsehen. Die Formulierung in Absatz 5 weist bei den Geschwisterkindbefreiungen deutlich eine Kann-Regelung aus.

§ 23 Abs. 3 KiBiz führt als Neuerung die Beitragsbefreiung für die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege im letzten Jahr vor der Einschulung ein.

Die neue Landesregierung hat auch im Rahmen der ersten Stufe der KiBiz-Revision auf eine landeseinheitliche Regelung zur Elternbeitragshebung, wie sie bis 2006 bestand, verzichtet, sich also klar für eine Kommunalisierung in dieser Sache ausgesprochen. Die Kommunalisierung der Elternbeiträge stellt die Jugendämter vor eine schwierige Situation. Zum einen sollen Familien nur maßvoll durch Elternbeiträge belastet werden, zum anderen muss ein bestimmtes Elternbeitragsaufkommen erzielt werden, wenn die Gesamtfinanzierung der Kindertagesbetreuung ausgewogen sein soll. Die Ungleichheit in Bezug auf die Höhe der Elternbeiträge in den

verschiedenen Jugendamtsbezirken, die sich durch die Kommunalisierung ergeben hat, ist für Eltern schwer nachvollziehbar und setzt ein Wissen um die jeweilige Haushaltslage der Kommune und die kommunale Finanzierungssystematik (beispielsweise Umlagefinanzierung) voraus.

Die Gesamtfinanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder unterstellt eine Einnahme von Elternbeiträgen in einer Größenordnung von 19 %. Nur dann, wenn dieser Wert erreicht wird, entsprechen die Anteile der Landesfinanzierung denen der Jugendämter. Überall da, wo das Elternbeitragsaufkommen unterhalb von 19 % liegt, erhöht sich der finanzielle Anteil der Jugendämter und bewegt sich somit im Bereich der freiwilligen Ausgaben. Kaum eine Kommune kann oder darf es sich leisten, freiwillig auf Einnahmen zu verzichten. Das Risiko nicht realisierter Elternbeiträge liegt also allein bei den Kommunen. Besonders schwierig ist die Situation für Kreisjugendämter im Gegensatz zu Stadtjugendämtern; denn aufgrund der Umlagesystematik könnten die Kreisjugendämter eine Quersubventionierung der Elternbeiträge aus haushaltsrechtlichen Vorschriften nicht vornehmen, selbst wenn sie dies aus familienpolitischen Gründen wollten.

Auch wenn der Elternbeitragsanteil von 19 % erreicht wird, tragen die Kommunen bei der Finanzierung der Betriebskosten der Tageseinrichtungen einen deutlich höheren Anteil als das Land. Hier ist zu bedenken, dass die Träger häufig ihren Trägeranteil nicht aufbringen können und dieser dann zusätzlich von den Kommunen ganz oder teilweise übernommen wird. Bei den Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft trägt das Land lediglich einen Anteil von 30 %, den Rest tragen die Kommunen, sei es direkt oder über die Jugendamtsumlage.

Das Jugendamt des Rhein-Sieg-Kreises hat in seiner Satzung vorgesehen, dass Eltern, deren Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege betreut werden, nur einen Beitrag zu entrichten haben. Mit dieser Regelung sollen Eltern mit mehreren Kindern finanziell entlastet werden. Wenn nun den verschiedenen Appellen einiger Landespolitiker gefolgt würde, so ergäbe sich eine Ungerechtigkeit zu Familien mit nur einem Kind. Denn Eltern, wo nur ein Kind den Kindergarten besucht, das nicht im letzten Jahr vor der Einschulung steht, werden zum Beitrag herangezogen, während Eltern von zwei oder mehr Kindern, wovon eines im kommenden Jahr eingeschult wird, komplett beitragsfrei gestellt würden.

Im Rahmen der aktuellen Satzung lag das Elternbeitragsaufkommen im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes trotz Geschwisterbeitragsfreiheit bei ca. 19 %. Letztlich haben also die Eltern mit nur einem Kind im Kindergarten und die Eltern mit Kindern unter drei Jahren die Geschwisterkindbefreiung mitfinanziert. Jede Änderung zugunsten weiterer Befreiungen würde das Beitragsaufkommen unter den angestrebten Grenzwert senken und den Finanzierungsanteil des Kreisjugendamtes erhöhen.

Aktuell liegen dem Kreisjugendamt vier Elternbeschwerden bzgl. der Geschwisterkind-Regelung vor. Eine Beschwerde ist der Vorlage als **Anlage** beigefügt, da die Eltern um Vorlage im Jugendhilfeausschuss gebeten hatten. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass im Kindergartenjahr 2011/2012 insgesamt 4.478 Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen angeboten werden. 1.300 Familien sind aufgrund der Landesregelung vom Elternbeitrag befreit, soweit sie nicht sowieso aufgrund zu niedrigen Einkommens vom Beitrag befreit sind. In 258 dieser 1.300 Familien wird auch noch mindestens ein Geschwisterkind in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege betreut. Außerdem lässt sich feststellen, dass die allermeisten Eltern auf Erklärungen zur bestehenden Regelung mit Verständnis reagieren.

Mit der Einführung der Elternbeitragsbefreiung für das letzte Jahr vor der Einschulung wurde ein konnexitätsrelevanter Tatbestand ausgelöst. Die Ausgleichszahlungen des Landes werden in

den §§ 21 Abs. 10 und 22 Abs. 4 KiBiz geregelt. Wie der Konnexitätsausgleich für die Kommunen aussehen wird, ist zurzeit noch völlig offen. Das Land erstattet vorläufig einen pauschalen Zuschuss, und zwar 5 % der Summe der Kindpauschalen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung. Im besten Falle wird das Land die Elternbeiträge der Vorschulkinder in Höhe von 19 % übernehmen. Aber auch dann wären bei völliger Geschwisterkindbefreiung nicht alle Einnahmeausfälle bei den Elternbeiträgen kompensiert. Denn wenn das Geschwisterkind einen u3 Platz belegt, müssen die Eltern einen erhöhten Beitrag leisten. Dieser Ausfall wird vom Land nicht ersetzt.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen der kommunalen Spitzenverbände bei den Aushandlungen zum Konnexitätsausgleich zum u3 Ausbau im Rahmen des KiFöG ist nicht davon auszugehen, dass die endgültige Landesregelung tatsächlich den Ausfall der Elternbeiträge der Vorschulkinder in voller Höhe ersetzen wird.

Zur Vermeidung eines Ansteigens der Jugendamtsumlage und aus Gründen der Gerechtigkeit empfiehlt die Verwaltung, an der bisherigen Regelung zur Geschwisterkind-Befreiung festzuhalten und diesbezüglich keine Satzungsänderung vorzunehmen.

Deckelung des Ausbaus der 45-Stunden-Betreuung für Kinder ab drei Jahren

§ 19 Abs. 3 KiBiz weist die Jugendämter an, im Rahmen ihrer Jugendhilfeplanung sicherzustellen, dass der Ausbau der 45-Stunden-Betreuungsplätze für Kinder ab drei Jahren max. 4 % über dem Antragsstand des Vorjahres liegen darf. Darüber hinausgehende Überschreitungen kann die Oberste Landesjugendbehörde nur in besonders begründeten Ausnahmen zulassen.

Hintergrund für diese Regelung ist die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Jahr vor der Einschulung. Um zu verhindern, dass Eltern aufgrund dieser Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr vermehrt eine 45 Stundenbetreuung buchen, wird die Jugendhilfeplanung vor Ort in ihrer Planungshoheit eingeschränkt.

Seit Beginn des KiBiz steigt die Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder mit 45-stündiger Betreuung kontinuierlich, vor allem im ländlichen, kreisangehörigen Raum. In den letzten beiden Jahren gab es in der Zuständigkeit des Kreisjugendamtes Steigerungen zwischen 4 und 6 %. Die hohe Nachfrage nach diesen Betreuungsplätzen erklärt sich aus der Situation, dass ein Großteil der Eltern aus unserer Zuständigkeit weite Strecken zu ihrer Arbeitsstelle überwinden und dafür entsprechend viel Zeit einplanen muss („Auspendlerhochburg Rhein-Sieg-Kreis“). Nun ist zu befürchten, dass perspektivisch nicht mehr der Elternbedarf, sondern das Ausbaukontingent das Platzangebot bestimmen wird. Die bedarfsgerechte Versorgung kann unter Umständen nicht mehr in allen Fällen sichergestellt werden.

Da das Kreisjugendamt insgesamt (auch aufgrund des Schulrechtsänderungsgesetzes) noch neue Gruppen errichten und neben dem Ausbau der u3 Plätze auch Plätze für Kinder ab drei Jahren neu schaffen muss, ist auch hier zu erwarten, dass es zu einem Anstieg der 45 Stundenbetreuung kommt, der über dem erlaubten Ausbaukontingent liegen wird.

Zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung mit 45-Stunden-Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren hat die Verwaltung mit Schreiben vom 22.09.2011 einen Antrag auf Überschreitung des Ausbaukontingentes bei der Obersten Landesjugendbehörde gestellt (siehe **Anlage**).

Landeszuschuss in Form von zusätzlichen u3 Pauschalen

Das Land gewährt für jedes unter drei jährige Kind in Kindertageseinrichtungen, welches am 01. März noch keine drei Jahre alt sein wird, eine zusätzliche u3 Pauschale. Die Höhe bemisst sich an der Betreuungszeit. Die Pauschale wird zweckgebunden ausgezahlt und setzt voraus, dass mit diesem Geld zusätzliches Personal in u3 Gruppen eingesetzt wird. Die Träger haben hierüber einen Nachweis zu erbringen.

Die verbesserte Förderung von u3 Gruppen in Tageseinrichtungen für Kinder war eines der zentralen Themen im Rahmen der KiBiz-Revision. Ursprünglich beabsichtigte das Land eine Erhöhung der Pauschalen für die Gruppenformen I und II mit einer finanziellen Beteiligung der Träger und der Jugendämter. Hiergegen votierten die kommunalen Spitzenverbände mit der Begründung, dass der Ausbau der u3 Plätze konnexitätsrelevant sei und somit keine finanziellen Folgen für die Kommunen auslösen dürfe. Dieser Umstand wurde anerkannt und führt zu der nun gefundenen Lösung eines Landeszuschusses in Form von zusätzlichen u3 Pauschalen für die Kinder, die am 01. März noch keine drei Jahre alt sein werden.

Hieraus ergibt sich eine für Träger schwer zu vermittelnde Fördervoraussetzung. Denn während für die Zuordnung eines Kindes zu den Gruppenformen das Alter relevant ist, welches das Kind am 01. November erreicht hat (es gilt im Sinne des § 19 Abs. 5 KiBiz als u3 Kind für das gesamte Kindergartenjahr), hat die Landesregierung in § 21 Abs. 3 festgelegt, dass die Kinder, die zwischen dem 02. November und dem 01. März bereits drei Jahre alt werden, keine u3 Kinder sind, aus denen sich der Anspruch auf eine erhöhte Förderung ergibt. In der Folge ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen der Anzahl der in den Tageseinrichtungen aufgenommenen u3 Kinder und der nun möglichen Beantragung von zusätzlichen u3 Pauschalen. So werden beispielsweise in einer Tageseinrichtung für Kinder sechs u3 Kinder betreut, tatsächlich kann der Träger aber keine zusätzliche u3 Pauschale beantragen, da alle Kinder bis Februar bereits drei Jahre alt werden.

Da die u3 Pauschale zweckgebunden für zusätzliches Personal eingesetzt werden muss, das mindestens die Qualifikation einer Kinderpflegerin hat, stehen einige Träger vor dem Problem der Umsetzbarkeit. Wenn lediglich für wenige Kinder zusätzliche Pauschalen beantragt werden können, ist der finanzielle Zuwachs so gering, dass hiervon kein neues Personal eingestellt und somit auch keine Verbesserung des personellen Standards in den u3 Gruppen erzielt werden kann. Profitieren können lediglich die Träger, die in den u3 Gruppen bereits freiwillig mehr Personal eingesetzt haben und diejenigen, die Mitarbeiter beschäftigen, die ihre Beschäftigungsumfänge aufstocken möchten, bzw. diejenigen, die für viele Kinder zusätzliche Pauschalen beantragen dürfen. Letztere bilden jedoch die Ausnahme.

Erhöhung des Landeszuschusses für Familienzentren und Festlegung des Ausbaukontingentes durch das Land

Familienzentren, auch solche, die sich in der Zertifizierungsphase befinden, werden nun nach § 21 Abs. 4 und 6 KiBiz mit 13.000 € jährlich gefördert, das entspricht einer Erhöhung von 1.000 €. Die Landesregierung legt die Verteilung der in das Verfahren aufzunehmenden Einrichtungen auf die Jugendämter fest.

Bislang wurde die Verteilung der Familienzentren auf die örtlichen Träger der Jugendhilfe durch die Oberste Landesjugendbehörde auf der Basis der Kinderzahlen festgelegt und für jeden Jugendamtsbereich ein Gesamtkontingent benannt. Dieses Gesamtkontingent soll nun nicht mehr gelten. Hintergrund für die Neuregelung ist der Wunsch der Landesregierung, Familienzentren

zukünftig stärker in Gebieten mit sozialen Brennpunkten zu verorten. Die Kriterien für die neue Festlegung stehen noch nicht fest, mit der Konsequenz, dass der Ausbau von Familienzentren zurzeit ausgesetzt ist.

Für das Kindergartenjahr 2011/2012 hatten sich zwei Kindertageseinrichtungen, „Winterscheider Wirbelwinde“, Ruppichterath-Winterscheid, und „Die Fabelkinder“, Wachtberg-Adendorf, für die Weiterentwicklung zum Familienzentrum beworben, seitens des Jugendhilfeausschusses wurde am 25.05.2011 zugestimmt. Ob und wann die beiden Kindertageseinrichtungen ein Zertifizierungsverfahren durchlaufen können, steht derzeit noch nicht fest. Aktuell liegen der Verwaltung weder Informationen zu einem neu definierten Ausbauziel noch zum weiteren Verfahren vor.

Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.10.2011

In Vertretung